Gegen Neonazis und Rassismus

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) haben am 23. Februar 2012 bundesweit zu einer Gedenkminute für die Opfer rechtsextremer und neofaschistischer Gewalt aufgerufen. In dem gemeinsamen Aufruf von DGB und BDA heißt es unter anderem:

„Die von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Freunden, die geliebte Menschen verloren haben. Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten. Arbeitgeber und Gewerkschaften treten gemeinsam ein für ein Deutschland, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben. In den Unternehmen in Deutschland ist zwischen den Beschäftigten ethnische und kulturelle Vielfalt gelebte Realität. Die Betriebe geben zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz. Wir stehen daher gemeinsam in der Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten."

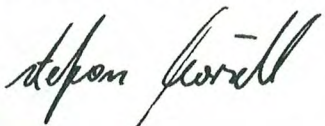
Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich in Hessen so viele sichtbar an dieser Schweigeminute beteiligt haben. Egal, ob in der öffentlichen Verwaltung wie in Rüsselsheim, in Schulen, durch das Anhalten von Fertigungsbändern bei Opel und VW, mit einer kurzzeitigen Unterbrechung des Betriebs von Straßenbahnen und Bussen. All das setzte ein deutlich sichtbares Zeichen der Anteilnahme und der Verurteilung neofaschistischer und rechtsextremistischer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Die Demonstration am Abend in Offenbach mit der Überschrift „Bunt statt braun" war ein weiterer Höhepunkt dieses Tages, zeigte sich doch in Offenbach mit einer Kundgebung und einem Lichterzug, dass die Menschen, gleich welcher Herkunft, gegen Rechtsextremismus und Faschismus zusammenstehen.

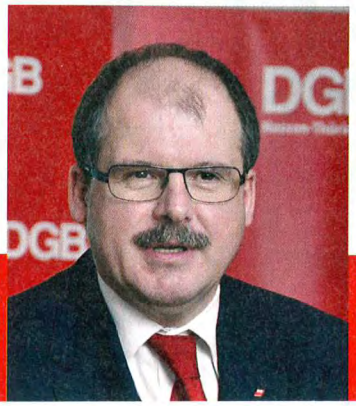
Es reicht aber nicht, am 23. Februar eine Schweigeminute durchzuführen. Im alltäglichen Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen müssen das Hinschauen und das deutliche Stopp-Sagen dazu gehören. Es geht darum, wachsam zu sein und täglich für ein friedliches Miteinander in sozialer Gerechtigkeit zu werben.

Ich bin mir sicher, dass der 23. Februar mit dafür gesorgt hat, ein Klima zu schaffen, dies zukünftig noch besser, noch entschiedener zu tun. Aber an dieser Stelle muss auch an die Verantwortung der Politik appelliert werden. Die hessische Landesregierung und hier an ihrer Spitze der hessische Ministerpräsident Bouffier und der hessische Innenminister Rhein müssen ihren Widerstand gegen ein Verbot der NPD aufgeben. In dieser Frage stehen Ministerpräsident Bouffier und Innenminister Rhein auf der falschen Seite. Sie als politisch Verantwortliche sind jetzt aufgerufen, alles dafür zu tun, dass die NPD verboten wird. Dazu gehört auch, dass zunächst die V-Leute aus der NPD abgezogen werden. Bisher sind sie den Beweis schuldig geblieben, dass die Einschleusung von V-Leuten dafür sorgt, dass weniger Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt werden.

Stellvertretend möchte ich hier nur an die hessischen Opfer der Thüringer Terrorgruppe Halid Yozgat aus Kassel und Enver Simsek aus Schlüchtern erinnern. Sie stehen stellvertretend für alle Opfer rechtsextremer Gewalt seit dem Jahr 1990. Ihr sinnloser Tod zeigt, dass die NPD und alle neofaschistischen Organisationen verboten gehören.

„Das Land, das die Fremden nicht schützt, geht bald unter", so sagte es einst Johann Wolfgang von Goethe. Ich möchte dieses Zitat etwas abwandeln und sagen: „Das Land, das seine Bürgerinnen und Bürger nicht schützt, geht bald unter". Deshalb fordere ich die Strafverfolgungsbehörden und die Politik auf, alles dafür zu tun, die rechtsextreme NPD und alle neofaschistischen Organisationen zu verbieten und dieses Verbot auch nachhaltig zu kontrollieren.





Stefan Körzell
Vorsitzender des
DGB-Landesbezirks
Hessen-Thüringen

Wehret den Anfängen ...

Die rechtsextreme Szene in Hessen

Die Hoffnung, der Rechtsextremismus würde sich mit der Altersentwicklung, dem Ableben der in der NS-Zeit (politisch) sozialisierten Generationen, erledigen, trügt. Im Gegenteil zeigen sich in der Geschichte der Bundesrepublik und Hessens zwei Entwicklungen: Der Rechtsextremismus ist – bei allem Auf und Ab – ein Dauerphänomen der bundesdeutschen (und damit hessischen) Gesellschaft und politischen Kultur geworden. Es gelingt dem rechtsextremen Lager immer wieder, neben dem parteiförmig organisierten Rechtsextremismus und „alten" neonazistischen Kleingruppen neue Organisationsformen herauszubilden, eine Generationenfolge herzustellen und sich ideologisch zu „modernisieren". Dazu gehören vor allem **zwei neuere Phänomene**, die zeigen, dass und wie sich aktuell Verjüngungsprozesse im rechtsextremen Lager darstellen.

Kameradschaften und Autonome Nationalisten

Das sind einmal die aktionsorientierten Gruppen mit den Bezeichnungen „Freie Kräfte", „Kameradschaften" und „Autonome Nationalisten". Hier gab es in den letzten Jahren und gibt es aktuell in Hessen lokale und regionale Schwerpunkte mit überschaubaren Kerngruppen wie „Sturm 18" in Kassel, die „Freien Kräfte Schwalm-Eder" (FKSE), die Freien Nationalisten Siegen (länderübergreifend), die Kameradschaft Darmstadt, die Autonomen Nationalisten (AN) beziehungsweise die „Anti-Antifa" im Raum Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis), die Kameradschaft im Raum Bergstraße und Odenwald (in den Rhein-Neckar-Raum hinein) sowie eine Kerngruppe „Rhein-Main" (im Frankfurter Raum) und in Echzell/Wetteraukreis. Seit den 1990er Jahren sind diese Organisationsformen zunächst mit Kerngruppen, aber auch mit einem Umfeld entstanden. Sie sind dynamisch und lösen sich zum Teil wieder auf, sie geben sich neue Namen und es gelingt ihnen immer wieder, neue Jugendliche zu gewinnen. Es sind vor allem männliche Jugendliche und junge Männer, die in diesen Gruppen militant auftreten, zur Gewalt neigen und radikalisiert sind. Die Gruppen sind überschaubar, zum Teil mehr informell strukturiert („Freie Kräfte") und zum Teil mehr autoritär-hierarchisch organisiert (Kameradschaften).

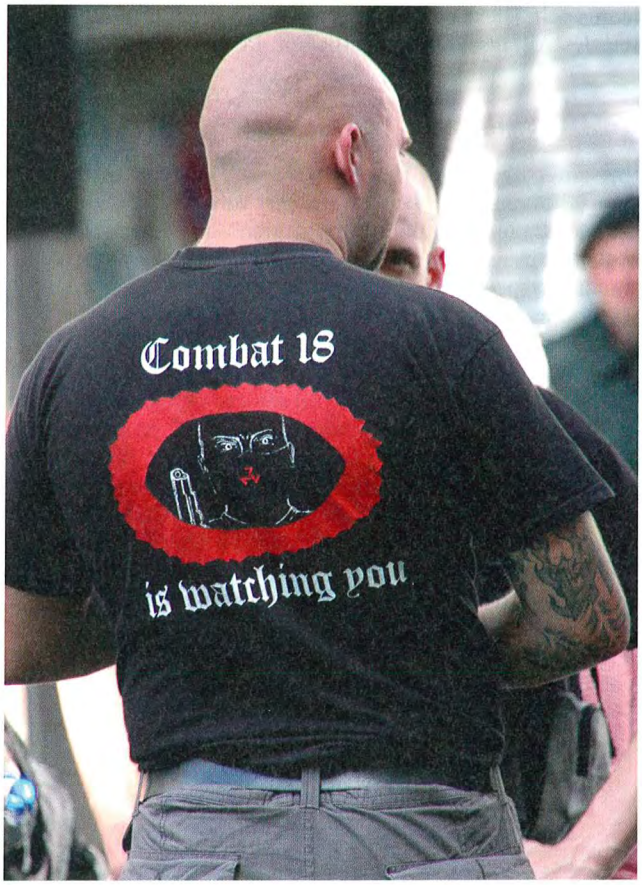
Jugendkulturelles Dauerphänomen

Eine weitere neuere Entwicklung in der Bundesrepublik ist als jugendkulturelles Phänomen in Hessen mehrfach auf Landkreis- und kommunaler Ebene untersucht worden. Es sind die rechten Jugendcliquen, die mit Musik und Eventkultur, Konzerten und Geburtstagsfeiern, Grillfesten, in öffentlichen und privaten Räumen, mit Outfit und Alkoholkonsum, dann auch mit Provokationen und gewaltförmigen Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen typische Merkmale eines jugendkulturellen, auch rebellischen Verhaltens aufweisen. Diese rechten Cliquen, ihre Aktivitäten und das erreichbare Umfeld sind schwer zu quantifizieren, aber es gibt solche Phänomene beinahe flächendeckend, wie unsere Befragungen und Berichte aus Schulen und der Jugendarbeit in vielen Landkreisen und Kommunen zeigen. Es sind freizeit-kulturelle, erlebnis- und aktionsorientierte Zusammenhänge vor allem im ländlichen Raum, in Dörfern und Kleinstädten. Hier gibt es wiederholt einen Generationenwechsel, und wir haben es seit fast zwei Jahrzehnten mit einem jugendkulturellen Dauerphänomen zu tun. Dabei kommt der rechtsextremen Musik in der Ansprache und Gewinnung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine herausragende und ungebrochene Bedeutung zu. Dazu zählen Bands wie Hauptkampflinie (HKL), Störmanöver, Nordglanz, Faust und Gegenschlag, Konzerte und der Vertrieb oder die Verteilung von CDs. Mit unterschiedlichen Musikstilen werden Erlebniswelt und Ideologie produziert und Propaganda gemacht. Ähnlich große Bedeutung haben die Aktivitäten im Internet, das für alle Facetten des „rechten Jugendlebens" – ob Homepages, Web 2.0, Foren, Chats oder selbst erstellte Filme – genutzt wird.

Benno Hafeneger

HLZ-Titelbild: Rechtsextreme Symbole

Da die Verwendung nationalsozialistischer Symbole strafrechtlich verfolgt wird, hat sich in der rechtsextremen, neozistischen Szene ein Code entwickelt, mit dem man dieses Verbot umgehen will. Zahlenkombinationen beziehen sich auf die Buchstabenfolge im Alphabet: Die Zahl 18 wie auf dem untenstehenden Foto verweist auf die Buchstaben A und H (Adolf Hitler), die Zahl 88 (HLZ-Titelbild) auf die Buchstaben H und H (Heil Hitler) oder die Zahl 444 auf den Buchstaben D (Deutschland den Deutschen!).



Nur Glatzen und Springerstiefel?

Erlebniswelten rechtsextremer Jugendlicher

Gewalt, Alkohol und Bomberjacken. Das ist in etwa das Bild der rechtsextremistischen Szene, das nach wie vor transportiert und gern benutzt wird, um die Lebenswelten von rechtsextremistischen Jugendlichen zu beschreiben. Doch trifft dieses Bild tatsächlich auf die Mehrheit der Jugendlichen zu, die im Zusammenhang mit rechtsextremen Erscheinungsformen auffällig werden? Oder ist dieses ein verkürztes Bild, das den Blick auf den inzwischen existierenden Facettenreichtum der Szene verstellt?

Unauffällig, höflich, freundlich

Erschrocken stellen manche Lehrerinnen und Lehrer fest, dass es in vielen Fällen Schülerinnen und Schüler sind, die gar nicht in das Klischee passen wollen. Unauffälliges Outfit, höflich, freundlich, dazu gute Noten. Und trotzdem auffällige Sprüche, die Glorifizierung der Wehrmacht oder die Forderung nach Einführung der Todesstrafe. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, einen genaueren Blick auf die rechtsextremistische Szene und ihre Erlebniswelten zu werfen. Was hat sich im Auftreten von Rechtsextremisten geändert? Der Versuch, „gesellschaftsfähig" zu werden und demokratische Organisationen und Strukturen zu durchdringen, hat zu einem deutlichen Wandel geführt.

Die modernen Erscheinungsformen, weg von Glatze und Bomberjacke, hin zu am Mainstream orientierten Modemarken und Styles, die nicht mehr auf den ersten Blick als rechtsextrem zu erkennen sind, gehen einher mit einer inzwischen weit ausdifferenzierten rechtsextremistischen Erlebniswelt. Diese durchdringt inzwischen nahezu alle Facetten des Alltags von Jugendlichen. Rechtsextremist zu sein ist heute nicht mehr nur die Zugehörigkeit zu einer entsprechenden Gruppierung oder der regelmäßige Besuch von einschlägigen Veranstaltungen. Auch für den privaten, scheinbar unpolitischen Raum gibt es Angebote.

Tauglich für den Mainstream

Der Erstkontakt findet nach wie vor oft über den Freundeskreis statt, Mitschüler oder andere Bekannte, die schon länger aktiv sind. Diese faszinieren durch eine mehr oder weniger offen zur Schau gestellte Rebellion gegen die bestehenden Normen und das provokante Antasten von Tabus. Oder es sind die einfachen Lösungen für die komplexen Probleme einer globalisierten Welt. Wichtiges Hilfsmittel hierzu ist die Musik mit Bands, die vor allem durch extrem gewaltverherrlichende Texte und den gezielten Tabubruch auffallen. Bekanntestes Beispiel ist die Band Landser, die inzwischen wegen ihrer Musik als kriminelle Vereinigung verboten ist. Hier sind allein die Titel der Lieder wie „Schlagt sie tot" oder „Kanake verrecke" Anreiz genug und sie gehören inzwischen in vielen Schulklassen zum verfügbaren Repertoire.

Dieser verbreitete Konsum hat mehrere Folgen. Zum einen werden Parolen wie die oben genannten zur Normalität. Das Abschreckende einer solchen Gewaltaffinität geht mit der Alltäglichkeit verloren. Schließlich werden auch durch die Texte Versatzstücke rechtsextremer Ideologie wie Antisemitismus oder Ausländerfeindlichkeit in die Köpfe der Jugendlichen transportiert. Wenn man auch nicht immer selbst ein solches Gedankengut teilt, so wird die Toleranz gegenüber menschenverachtenden Positionen gefördert. Rechtsextreme Versatzstücke werden tauglich für den Mainstream.

Aber rechtsextreme Musik ist mehr als Landser. Vor allem in den letzten Jahren haben sich neben Balladensängern und dem seit Beginn der 80er Jahre existierenden Rechtsrock auch Bands in anderen Genres etabliert. So gibt es inzwischen im Hardcore-, Gothic- und Black Metal-Bereich eine ganze Reihe von Bands, die sich eindeutig in die extreme Rechte eingruppieren, vereinzelt sogar im Hip Hop. Die Texte reichen dabei von eindeutig rechtsextrem bis zu eher versteckten Botschaften, die beinahe jeden Geschmack bedienen können.

In Zeiten von mp3, youtube und diversen Musiktauschbörsen im Internet ist die Verfügbarkeit der Musik stets gewährleistet. Auch Indizierungen oder Verbote können die Verbreitung nicht unterbinden. Der Tausch läuft von Person zu Person oder über Internetportale auf ausländischen Servern weiter.

Über 1.700 rechtsextreme Internetseiten

Das Internet mit seinen rechtlichen Grauzonen hat noch eine andere wichtige Funktion für die rechtsextreme Szene. Es ist als wichtigstes Informations- und Kommunikationsmedium der Jugendlichen von besonderem Interesse. Was für die Musik gilt, gilt inzwischen auch für das Internet: Jeder hat da-

Den Rechtsextremisten entgegentreten

In seiner Rede zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar lobte Bundestagspräsident *Norbert Lammert* im Bundestag das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, „die den Rechtsextremen, die durch ihre Städte marschieren wollen, immer wieder entgegentreten und zeigen: Wir dulden eure Diffamierungen, euren Hass nicht, schon gar nicht eure Gewalt". Lammert lobte die „Menschen, die Zivilcourage beweisen, die nicht wegsehen, (...) Menschen, die ein Beispiel geben und die Mut machen". Zu diesen Menschen gehören auch die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im hessischen Landtag *Janine Wissler* und *Willy van Ooyen*, die sich am 13. Februar 2010 mit mehr als zehntausend Menschen einem Marsch von 5.000 Rechtsextremisten in Dresden entgegenstellten, die den Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg für ihre Propaganda nutzen wollten. Jetzt, zwei Jahre später, hob der hessische Landtag Anfang Februar 2012 auf Antrag der Staatsanwaltschaft, die Wissler und van Ooyen als „Rädelsführer" verfolgt, mit den Stimmen von CDU und FDP die Immunität der beiden Abgeordneten auf.

mit Kontakt. So kann potenziell jeder erreicht werden und das versucht die Szene zu nutzen: Inzwischen gibt es allein in der Bundesrepublik über 1.700 rechtsextreme Internetseiten. Es ist eine Parallelwelt entstanden mit Informationsbörsen, Diskussionsforen, den Seiten von Parteien und Organisationen wie den Kameradschaften, Kampagnenseiten zur Mobilisierung für Aktionen und Demonstrationen bis hin zu Single- und Kontaktbörsen.

In neuster Zeit wird auch für die extreme Rechte das sogenannte Web 2.0 immer wichtiger. In Sozialen Netzwerken wie facebook sind inzwischen viele Gruppierungen vertreten. Dort ist die Reichweite der Angebote noch höher. Durch die enge Vernetzung über Freundeslisten und die Möglichkeit, Bilder und Videos zu posten, können Personenkreise erreicht werden, die im übrigen Netz wohl unerreicht bleiben würden. Die einschlägigen Einträge im Web 2.0 sind mittlerweile auf über 6.000 gestiegen.

Durch die Internationalität des Internets bietet sich zudem die Möglichkeit, Beschränkungen des deutschen Strafrechtes, zum Beispiel hinsichtlich der Verherrlichung des Nationalsozialismus, zu umgehen. Wie auch bei der Musik scheinen Regeln und Gesetze aufgehoben: Man kann sich darüber hinwegsetzen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Auch in der realen Welt gibt es Bestrebungen, bestehende Beschränkungen auszuhöhlen. So haben sich Symboliken und Codes, die in der Szene verwendet werden, in den letzten Jahren gewandelt. Um verbotene Parolen wie die Grußformel „Heil Hitler" ungestraft benutzen zu können, werden Zahlencodes benutzt. In diesem Fall wird der Gruß durch die 88 symbolisiert. Die Achten stehen dabei jeweils für den 8. Buchstaben des Alphabets. Dass die Abkürzung HH den Hitler-Gruß symbolisiert, ist Allgemeingut in der Szene. Andere Codes wie die 18 für A und H, die Initialen von Adolf Hitler, oder die 28 als Zeichen für das verbotene Musiknetzwerk Blood and Honour finden ebenfalls Verwendung. Insgesamt geht der Trend weg von offen erkennbaren, hin zu den meist nur Szenekundigen bekannten Symbolen, die aber oftmals einen eindeutigeren Bezug zum Nationalsozialismus haben. Auch hier gilt das Signal: „Eure Gesetze gelten für uns nicht oder wir können sie umgehen."

Subkulturelle und linke Zeichen

Alles, was das gewünschte Bild von Protest und Rebellion unterstützt, wird angenommen. Dazu gehören subkulturelle Elemente wie Graffiti oder Themen, die ein Ausdruck jugendlichen Protests sein könnten. Dies sind beispielsweise der Umweltschutz – in der Szene als „Heimatschutz" bezeichnet – oder die Globalisierung – jedoch nicht mit dem Willen, eine gerechtere Weltordnung zu etablieren, sondern mit dem Ziel der Abschottung und der alleinigen Orientierung an „deutschen Interessen".

Werden diese Themen eher mit der politischen Linken verbunden, wird von rechts außen versucht, deren Gestus und Handeln zu kopieren, vor allem das der „Autonomen" der 90er Jahre. Deutlichster Ausdruck davon sind die sogenannten „Autonomen Nationalisten", eine äußerlich fast perfekte Kopie der autonomen Szene und deren Auftreten bei Demonstrationen als „Schwarzer Block". Diese Kopie beinhaltet nicht nur das Outfit, sondern auch Symbole oder Parolen. Inhalte, die mit diesen Erscheinungsformen ursprünglich transportiert werden sollten, wie Unabhängigkeit oder Hierarchiefreiheit werden naturgemäß nicht über-

nommen. Auch Autonome Nationalisten wünschen sich einen „Führer".

Besonders wichtig ist ihnen bei der Kopie linker Erscheinungsformen der – auch früher schon so genannte – „Kampf um die Straße": das Prägen des Stadtbildes, das Schaffen einer Meinungshegemonie. Hier kommen die Graffitis ebenso ins Spiel wie die zahlreichen Aufkleber, Sprühereien, Plakate und schließlich die Akteure der Szene selbst.

Der „Kampf um die Straße"

Verhältnismäßig neu ist das militante Auftreten bei Demonstrationen, und zwar wieder in Verbindung mit dem „Schwarzen Block". Hier wird getestet, wie weit sich die Selbstsicht, die gefühlte Stärke und Überlegenheit an der Realität messen lassen können. Man sucht inzwischen offen die Auseinandersetzung mit Polizei und Gegendemonstranten, um Selbstbestätigung zu erhalten. Fehlt der Widerspruch und werden dort nicht klare Grenzen aufgezeigt, feiert man dies als Erfolg. Werden beispielsweise auf einer Demonstration verbotene Parolen gerufen, Auflagen nicht beachtet und Drohungen oder tätliche Übergriffe auf Gegner durchgeführt und wird dies nicht geahndet, wird dies das Gefühl der eigenen Überlegenheit gegenüber dem „System" bestärken. Eine weitere Eskalation rechtsextremen Auftretens und schlussendlich auch der daraus folgenden Gewalt sind zu befürchten. Ein konsequentes und frühzeitiges Intervenieren aller Beteiligten kann dagegen oft Schlimmeres verhindern und die Szene unattraktiver machen.

Die aufgezeigte Entwicklung macht es schwieriger, rechtsextreme Tendenzen zu erkennen und mit den von den beschriebenen Erlebniswelten geprägten Jugendlichen und ihrem Umfeld umzugehen. Doch niemand muss dies allein meistern. Hilfe gibt es beispielsweise beim Beratungsnetzwerk Hessen (HLZ S. 16), das fachkundige Beratung, zugeschnitten auf den jeweiligen Bedarf, anbietet.

Helge von Horn

Helge von Horn ist freier Mitarbeiter beim Beratungsnetzwerk Hessen und bietet Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Rechtsextremismus erkennen", „Strategien und Entwicklungen der extremen Rechten" und „Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule" an, unter anderem auch beim GEW-Fortbildungswerk lea (HLZ S. 18).

Rechtsextreme Männlichkeit(en)

Die Neonaziszene ist nicht nur, aber vor allem männlich

Die rechtsextreme Szene ist nicht nur, aber vor allem männlich. Sie ist dominiert von jungen Männern und kann als eine spezifische und mit langen Traditionen verbundene Form männlicher bzw. männerbündischer Gesellung charakterisiert werden. Das gilt für die rechtsextremen Parteien, die neonazistischen Gruppen, Teile der Skinheadszene, dann für Gruppen im Spektrum der Kameradschaften, Autonomen Nationalisten und Netzwerke. Weiter zeigen Wahlanalysen, dass etwa zwei Drittel der Wähler von rechtsextremen Parteien männlich sind. Bei Wahlen in den letzten Jahrzehnten haben vor allem männliche Jung- und Erstwähler mit schlechter schulischer und beruflicher Bildung wiederholt und überdurchschnittlich rechtsextreme Parteien gewählt. Weitere Daten zeigen, dass die antisemitisch und rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten fast ausschließlich von (jungen) Männern begangen werden.

Die wenigen Hinweise machen deutlich, dass der Rechtsextremismus „etwas mit Männlichkeit" zu tun hat und vor allem ein männliches Phänomen ist. Dabei gibt es Klärungsbedarf vor allem in drei Richtungen:

Erstens sind unter anderem folgende empirische Fragen zu klären: Wie sehen die Motive und Wege des Einstiegs, die Prozesse der Verfestigung, die biografischen Entwicklungen und Einbindungen in die Szene aus, die zu einer rechten Männlichkeit führen? Männliche Jugendliche werden in die Szene hinein und dann in der Szene sozialisiert beziehungsweise vergemeinschaftet.

Zweitens sind analytische Fragen zu beantworten: Welche Männlichkeit(en) bzw. Männlichkeitsbilder und welche „männlichen Praxen" werden von der rechtsextremen Szene angeboten und machen sie für Teile aus der jungen männlichen Generation dauerhaft oder vorübergehend interessant und „attraktiv"?

Drittens sind Fragen nach dem pädagogischen Umgang mit männlichen Jugendlichen in der Szene und in deren Umfeld zu beantworten: Wie und mit welchen Angeboten sind solche Jugendlichen zu erreichen?

Literatur zum Thema

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2011): Zwischen Propaganda und Mimikry. Neonazistrategien in Sozialen Netzwerken, Berlin

Birsl, U. (2011): Rechtsextremismus und Gender, Opladen und Farmington Hills

Claus, R./Lehnert, E./Müller, Y. (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist..." Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin 2010

Geisler, A./Schultheiß, Chr. (2011): Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland, München

Glaser, S./Pfeiffer, T. (Hrsg.) (2007): Erlebniswelt Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts.

Hafeneger, B. (2011): Der aggressive Jugendkörper, in: Niekrenz, Y./Witte, M. (Hrsg.), Jugend und Körper, Weinheim und München, S. 123-139

Möller, K. (2008): Körperpraxis und Männlichkeit bei Skinheads. Hegemonialansprüche, Marginalisierung und Rebellion, in: Baur, N./Luedtke, J. (Hrsg.): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit, Opladen und Farmington Hills, S. 223-238

Ein spezifisches Bild bzw. eine Konstruktion von Männlichkeit gehört konstitutiv zum Rechtsextremismus; das gilt für alle Gruppen und Phänomene, alle jugendlich-männlichen Milieus, für das Weltbild und die Praktiken der Szene. Diesem Bild lassen sich zehn Attribute zuordnen:

1. Es sind maskuline und dominierende Macht-, Überlegenheits- und Männlichkeitsansprüche, mit denen versucht wird, lebensweltliche Erfahrungen zu verarbeiten und männliche Identität herzustellen.

2. Es ist eine trainierte, kämpferisch-soldatische und stark gewaltaffine Männlichkeit, die als „soldatische" und „militarisierte" Männlichkeit mit historischen Traditionen insbesondere aus der NS-Zeit und der Wehrmacht verbunden wird. Kreiert wird der „deutsche Junge" und „deutsche Mann", der Macht, Stärke und Selbstbehauptung demonstrieren soll.

3. Es ist die Abgrenzung und Abwertung, die hasserfüllte Gefühlswelt gegenüber Anderen, Fremden (fremden Männern) und Fremdheit. Die Konstruktion von Feindbildern richtet sich immer auch gegen andere Männlichkeiten; es ist ein „Kampf um Männlichkeit(en)" und um die Macht der weißen (arischen, deutschen) Männer. Es ist eine Ideologie des männlichen Körpers und des „deutschen" Mannes, der für die „nationale Sache" kämpft, die Familie beschützt und bereit ist, sich für Familie, Volk und Vaterland zu opfern.

4. Es ist ein Mann, der deutsch-nationalistisch, völkisch und rassistisch denkt, der Geschlechterhierarchien (eine dichotome Ordnung) herstellt und für den eine soldatische Körperlichkeit und zugehörige Körperpraxen einen hohen Wert besitzen. Mit Begriffen wie „natürliche", „deutsche", „wirkliche", „richtige" und „wahre" Männlichkeit und entsprechender Weiblichkeit werden eindeutige und klare Geschlechter- und Männer-/Frauenverhältnisse in der gedachten Volksgemeinschaft konstruiert.

5. Es ist ein elitäres Denken und es sind vielfältige Feindbildkonstruktionen mit Abwertungen von sozialen Gruppen; das sind vor allem fremdenfeindliche, rassistische, homophobe, sexistische, antisemitische und islamfeindliche Orientierungen, die für die eigene männliche Identität von zentraler Bedeutung sind.

6. Es ist die Inszenierung als verschworene Kameradschaft und Rebellion, zu der auch Provokationen, Militanz, Gewaltbereitschaft und -anwendung gehören. Die eindeutige Körpersprache zeigt den Körper als Medium, der immer wieder martialisch auftritt, Gewalt androht oder mit Gewalt handelt. Der Körper ist ein demonstratives Instrument des Kampfes und unterliegt einem „Gewaltcurriculum"; er wird eingesetzt um sich wahrzunehmen, auszudrücken und durchzusetzen. Gleichzeitig wird er verachtet, indem er Gefährdungen und Risiken ausgesetzt wird.

7. Es ist ein Männlichkeitsbild, das „alt" ist und sich „modernisiert". Es pendelt zwischen „rechtem Schläger" mit typischer Kleidung (Springerstiefeln und Bomberjacke) und sich äußerlich „jugendlich-hipp" und subversiv-rebellisch gebendem jungen Mann; und das sich oftmals in seinem Outfit und Gestus kaum noch von einem erklärten Gegner unterscheidet. Die „moderne" Männlichkeit geht vor allem von subkulturellen, militanten und gewaltbereiten Gruppen (Kameradschaften, Autonomen Nationalisten) aus. Deutlich wird das u. a. in der äußerlich unbefangenen Aneignung von linksautonomer Symbolik und Ästhetik (Kleidung, Sprache, Musik), im Aktionismus (flash mobs) sowie in ideologischen Facetten (Antikapitalismus und -amerikanismus, Straße als Kampfplatz). Eine solche Militanz und Gewaltbereitschaft in der hedonistischen Verbindung mit Spaß und Erleben sorgt für Spannungen im Lager, vor allem mit dem traditionellen Teil und dem Typus des kleinbürgerlich-spießigen NPD-Funktionärs.

8. Es ist der rechtsextreme Alltag und seine Kultur mit Musik (Rechts-/Identitätsrock) und Alkohol; es sind die Aufmärsche, öffentlichen Inszenierungen, gewalthaltigen oder auch paramilitärischen Aktionen, dann die vielfältigen Rituale (Gestik, Auftreten, Gang, Besetzung von Räumen etc.), die zur ständigen Vergewisserung der (völkischen) Zugehörigkeit gehören.

9. Es sind die Verachtung und der Hass auf Intellektualität und Nachdenklichkeit, die mit der Betonung von körperlicher Männlichkeit verbunden sind. Dabei erhalten die physische Stärke, der körperliche Kampf und die körperliche Gewalt in Selbstinszenierungen und Auseinandersetzungen ideologische Bedeutungen.

10. Das Internet, Web 2.0 und die Sozialen Netzwerke (u. a. Facebook-Auftritte) werden von der extremen Rechten zur Präsentation und Kommunikation, Propaganda und Mobilisierung rege genutzt. Mit ihren Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken werden deren offenen und subtilen Strategien deutlich, mit denen versucht wird, jugendliche Nutzer anzusprechen und anzuwerben. Zu finden sind unterschiedliche Männlichkeitsbilder und vor allem Männer aus der Szene vertreten bei ihren virtuellen Auftritten einen offenen und aggressiv-kämpferischen Rechtsextremismus, eine Ideologie der Stärke und Härte. Aber die Facetten sind breit: Sie reichen vom offenen Rassismus und völkischer Ideologie über brave (Spieß-)Bürgerlichkeit und ansprechbare Anti-Politiker „gegen die da oben" bis hin zu „Spaß, Widerstand und Rebellentum"; zu letzteren gehören Metaphern wie „autonom und militant" und jugendkulturelle Anleihen mit Begriffspaaren wie „frisch und jung", „hip und cool".

Vergemeinschaftung in der Szene

Der Demonstration von harter und kämpferischer Männlichkeit steht eine andere Seite von männlichen Jugendlichen und jungen Männern in der Szene gegenüber: Dies sind deren erlebte Marginalisierungen und problematische soziale Hintergründe (niedrige Bildung, familiäre Brüche, ökonomische Problemlagen), die vielfach mit prekären Lebenssituationen verbunden sind. Gleichzeitig ist der rechtsextreme Alltag mit seinen Treffen, homosozialem bzw. männerbündischem Gemeinschafts(er)leben und Kameradschaftsabenden,

dem Beschwören von Gesinnungsgemeinschaft bei Aktionismus, Trinkgelagen, Feiern, Partys, Schulungen, beim Grillen, Gröhlen und Marschieren immer auch dumpf und eintönig. Die rechtsextreme Wirklichkeit ist geprägt von Langeweile, Druck und Kontrolle, Mobbing und Gewalt untereinander. Die Reden von Freundschaft und Kameradschaft, Zusammenhalt und Gemeinschaft – die als Mythen einer verschworenen Gemeinschaft und Elite beschworen werden – sind die eine Seite; die andere Seite ist, dass das rechtsextreme Jungmännerleben verbunden ist mit

- autoritären Hierarchien und Unterordnung nach dem Dominanz- und Führerprinzip,
- Ideologiefragmenten, von denen nicht abgewichen werden darf,
- Gewalt nach außen und innen und auch mit sexueller Gewalt innerhalb der Szene,
- Kontrolle – auch des privaten Lebens,
- einer Kommunikation und Sprüchekultur, die ein oberflächliches Leben charakterisiert,
- Demütigungen und Misshandlungen, Exzessen mit einer körperlichen und psychischen Strafpraxis, z.B. bei „abweichendem" Verhalten, Ausstieg und „Verrat".

Pädagogische Herausforderung

Die skizzierten Männlichkeitsbilder und -praxen prägen Jugendliche und junge Männer in der rechtsextremen Szene. Sie haben in der adoleszenten Entwicklungszeit eine politisch-männliche sozialisatorische Bedeutung, und sie sind immer auch – wenn Entwicklungen noch offen sind - mit Brüchen in den rechten Vergemeinschaftungserfahrungen verbunden. Die Bilder und Wirklichkeiten der Szene müssen in der pädagogischen Arbeit aufgenommen werden, wenn man Jugendliche erreichen will. Das gilt neben ideologischen gerade auch für körperliche Inszenierungen im Prozess der Herausbildung von männlicher Identität.

Die rechtsextreme Szene bewegt sich zwischen gesellschaftlicher und subjektiv erlebter Marginalisierung und maskulinen Hegemonialansprüchen. Sie bietet männlichen Jugendlichen ein Feld für die Bearbeitung ihrer Adoleszenz und Identitätsentwicklung, ihrer Brüche und Krisen; und sie erreicht mit ihren Angeboten vor allem männliche Jugendliche mit kumulativen Erfahrungen sozialer Marginalisierung. Damit ist angedeutet, dass es in der Arbeit mit Jugendlichen in der Szene zu den pädagogischen Herausforderungen gehört, ihnen auch Wege hin zu anderen – kreativen, selbstbestimmten, reflexiven – Männlichkeitsentwürfen und -praxen aufzuzeigen und diese erfahrbar zu machen.

Prof. Dr. Benno Hafeneger

Demokratie lernen

Schulentwicklung und Prävention gegen Rechtsextremismus

In vielen Debatten und Veröffentlichungen wird eine „demokratische Schulentwicklung" als Schlüssel für eine erfolgreiche Präventionsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus angesehen. Insbesondere das Programm der Bund-Länder-Kommission (BLK) „Demokratie lernen und leben" sowie das Modellprojekt „Demokratie in der Schule" versuchen Defizite und Leerstellen punktueller kurzzeitpädagogischer Maßnahmen in der schulischen Praxis der Rechtsextremismusprävention aufzugreifen. Die Berliner Lehrerin und GEW-Kollegin Gabi Elverich zeigt in ihrer Dissertation „Demokratische Schulentwicklung – Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus in der Schule" (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011) die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Strategie auf, die die Institution Schule als Ganzes in den Blick nimmt und durch die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und eine Stärkung erfahrungsorientierten Lernens zur Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz beitragen soll.

Die Verbesserung von Schulkultur und Schulklima gelten als wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus. Demokratische Schulentwicklung als Konzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzt nicht nur auf die Entwicklung einer Kultur des Respekts und der Anerkennung, sondern auch auf die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen. Diese Programmatik erscheint plausibel und wird teilweise auch durch empirische Befunde gestützt. Meine Fallstudie verdeutlicht jedoch, dass sowohl das Konzept als auch der Umsetzungsprozess demokratischer Schulentwicklung in einer Schule mit rechtsextremen Tendenzen in der Schülerschaft Schieflagen mit sich bringen können. Die Ergebnisse verweisen auf Leerstellen, die einer theoretisch-konzeptionellen Schärfung bedürfen, um den Ansatz im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus weiter ausarbeiten zu können.

Ideenwettbewerb gegen Rechts

Das Bundesministerium der Justiz hat einen Schülerwettbewerb ins Leben gerufen, der Ideen gegen Rechtsextremismus fördern und auszeichnen will. Was können Schülerinnen und Schüler in ihrem Freundeskreis, an der Schule oder in ihrer Stadt gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung unternehmen? Welche Möglichkeiten gibt es im Internet, sich gegen Rechtsextremismus stark zu machen? Mitmachen können alle Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren – entweder einzeln oder als Gruppe oder Schulklasse. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt: Als Wettbewerbsbeitrag kann ein Video oder eine Webseite gestaltet, eine Fotoreportage oder eine künstlerisch-kreative Arbeit erstellt oder ein interessanter Text geschrieben werden.

- *weitere Infos unter: www.gerechte-sache.de*

Konkreten Handlungsbedarf nicht vernachlässigen

Die Leerstellen auf der Ebene des Konzeptes beziehen sich vor allem auf die ungenaue Begriffsverwendung und das ungeklärte Verhältnis von Rechtsextremismus und Demokratie sowie auf die mangelnde Reflexion institutioneller Grenzen und Widersprüche. Wenn Schulen den Schwerpunkt auf Partizipation und Mitbestimmung als demokratische Beteiligungsformen legen und damit die Potenziale politischer Bildung und die Idee von Schule als Erfahrungsraum und Lernfeld für Demokratie betonen, vernachlässigen sie u. U. die Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und Spannungsfeldern demokratischer Prinzipien. Zudem kann dieser Ansatz Gefahr laufen, restriktive strukturelle Beharrlichkeiten zu unterschätzen und institutionelle Widersprüche und Grenzen der schulischen Handlungsmöglichkeiten nicht adäquat zu reflektieren.

Auch positive Umsetzungserfahrungen demokratiebezogener Schulentwicklung, z. B. im Kontext des BLK-Programmes „Demokratie lernen und leben", lassen teilweise eine explizite Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen vermissen. Als Handlungsstrategie mit der expliziten Zielsetzung, eine Antwort auf Rechtsextremismus in der Schule zu finden, bedarf der Ansatz demokratischer Schulentwicklung jedoch einer Explizierung und Spezifizierung dieser Zielrichtung.

Die Forschungsergebnisse zeigen, wie der konkrete Handlungsbedarf im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen in der Schule durch den breiten Fokus der Demokratie- und Qualitätsentwicklung aus dem Blickfeld geraten kann.

Dies lässt vermuten, dass der umgekehrte Weg, ausgehend von einer problemzentrierten und expliziten Bearbeitung rechtsextremer Ausdrucksformen im Schulalltag die Blickrichtung auf strukturelle und schulkulturelle Aspekte auszuweiten, der Bearbeitung des Ausgangsproblems adäquater Rechnung tragen würde. Analog zur politischen Kultur, die „nur längerfristig und behutsam verändert werden" (1) kann, ist auch die Veränderung der Schulkultur durch ein kleinschrittiges Vorgehen und das Anknüpfen an vorhandene Strukturen und Problemlagen aussichtsreicher als die schnelle Veränderung des großen Ganzen.

Umgang mit der Einwanderungsgesellschaft

Dies würde bedeuten, die Entwicklung gezielter Handlungsstrategien stärker an den konkreten Herausforderungen des Schulalltags im Hinblick auf den Umgang mit rechtsextremen Tendenzen zu orientieren. Ausgehend von der Relevanz der Unterrichtsentwicklung, die in der Fallstudie aufgezeigt werden konnte, würde es sich anbieten, nicht nur im Zusammenhang mit projektbezogenem Lernen, sondern auch im Fachunterricht verstärkt nach konkreten Ansatzpunkten zur inhaltlichen Beschäftigung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themenbereichen zu suchen.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass Veränderungen auf der Ebene der Mitbestimmungsstrukturen nicht ausreichend sind

für eine adäquate Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems. Schulkulturelle Veränderungen sind zwar als wichtige Voraussetzung für ein respektvolles Miteinander und die Ermöglichung von Anerkennungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen anzusehen, sollten aber im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung einhergehen. Eine konsequente Form der Rechtsextremismusprävention erfordert deshalb auch einen offensiven Umgang mit Fragen und Themen der Einwanderungsgesellschaft wie Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Ausgrenzung, Migration, Flucht und Asyl, Diskriminierung und soziale Benachteiligung. Die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie sollte deshalb auch die nähere Bestimmung der inhaltlichen Eckpunkte eines menschenrechtlich-demokratisch orientierten Gegenentwurfes zu rechtsextremen Denkwelten umfassen. Die Frage nach der Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft eignet sich besonders, um Unterscheidungsmerkmale zwischen einem menschenrechtlich-demokratischen und einem rechtsextremen Gesellschaftsmodell herauszuarbeiten. Der gesetzlichen Verankerung von Grundrechten und universellen Menschenrechten sowie der prinzipiellen Verhandelbarkeit gesellschaftlicher Regeln steht das rechtsextreme Modell der Volksgemeinschaft gegenüber, das nicht nur hierarchisch und autoritär strukturiert ist, sondern auch bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließt.

Demokratie nicht als abstraktes Ideal

Es ist deshalb gerade im Kontext der Rechtsextremismusprävention unerlässlich, auch mit den Spannungsfeldern und Dilemmata demokratischer Systeme offensiv umzugehen. Dies bedeutet im Hinblick auf die Verfassung und politische Realität der Bundesrepublik auch existierende Regelungen und Ausschlussmechanismen der Asyl- und Einwanderungspolitik, die im Widerspruch zur festgeschriebenen menschenrechtlich-demokratischen Orientierung stehen, zu reflektieren. Demokratie lernen als übergeordneter Bezugspunkt der Rechtsextremismusprävention kann nur dann seine Potenziale entfalten, wenn Demokratie nicht als abstraktes Ideal verklärt, sondern als komplexes und widersprüchliches Konzept begriffen wird, dessen konkrete Gestaltung permanent neu verhandelt und weiterentwickelt werden muss.

Beratung, Ausbildung und Selbstreflexion

Schulen, die das Thema offensiv aufgreifen wollen, können von der Beratung durch Expertinnen und Experten profitieren, die sowohl über die inhaltliche Expertise zu regionalen Ausprägungen des Rechtsextremismusproblems im schulischen Umfeld als auch über methodisches Wissen zur Begleitung und Moderation von Schulentwicklungsprozessen verfügen. Auch Kooperationen mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, eine verbesserte Vernetzung im Stadtteil und eine Verzahnung der Aktivitäten sind gewinnbringend für die Rechtsextremismusprävention.

Dabei dürfen die Perspektiven und Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern innerhalb der widrigen strukturellen Rahmenbedingungen nicht ausgeblendet werden. Um die Umsetzung eines Konzeptes im Sinne der Entwicklung einer integrierten Gesamtstrategie gezielt abstimmen zu können, ist eine enge Zusammenarbeit und die gemeinsame Erarbeitung der Vorgehensweise durch Beraterinnen, Berater und Lehrkräfte unumgänglich.

Dabei ist jedoch immer auch der gesellschaftliche Kontext der Institution Schule als Gelegenheitsstruktur für die Entwicklung von Gegenstrategien zu Rechtsextremismus zu berücksichtigen. Modellhafte Projekte und curriculare Veränderungen allein können keine umfassende Neuorientierung von Schule im Sinne der Gestaltung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft erzielen. Hierfür ist nicht nur die Veränderung des Selbstverständnisses von Schule nötig, sondern auch „eine Bildungspolitik, die anerkennt, dass die Bundesrepublik offensiv als eine den Menschenrechten verpflichtete demokratische Einwanderungsgesellschaft zu gestalten ist“ (2).

Zudem gilt es, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themen in der Aus- und Weiterbildung zu institutionalisieren. Dies würde bedeuten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer mit den Themenfeldern Migration, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Menschenrechte theoretisch fundiert auseinandersetzen und auch in der methodischen Bearbeitung qualifizieren können. Dies umfasst auch die Anforderung, eigene Überzeugungen und Haltungen z.B. zur Einwanderung zu überdenken und den Umgang mit verschiedenen Formen von Diskriminierung im Schulalltag (selbst-)kritisch zu reflektieren.

Gabi Elverich

Dr. Gabi Elverich (Jg. 1972) war nach ihrem Lehramtsstudium wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hildesheim und beim Deutschen Jugendinstitut und hat an der Georg-August-Universität Göttingen promoviert. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und arbeitet als Lehrerin an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln sowie in der außerschulischen Bildung im Bereich der Rechtsextremismusprävention.

(1) Heinz Lynen von Berg und Roland Roth (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich 2003, S.15

(2) Ulrike Hormel, Albert Scherr: Perspektiven schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: Stephan Braun und Daniel Hörsch (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S.199

Für Demokratie Courage zeigen

Jugendliche organisieren Projekttage für Jugendliche

Fremdenfeindlichkeit, gewalttätige Übergriffe von Neonazis, Wahlerfolge neonazistischer Parteien und jede Menge Stammtischparolen sind in Deutschland keine Seltenheit. Das gab uns den Anstoß, unser Netzwerk zu initiieren, um diesen Zuständen etwas entgegenzusetzen. Dafür gehen wir dorthin, wo sich Jugendliche den größten Teil des Tages aufhalten: in Schulen, in Ausbildungseinrichtungen und in Jugendclubs. Statt Mathe oder Biologie stehen dann Themen wie „Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil" auf dem Lehrplan. So tragen wir die Jugendarbeit in die Schule hinein und erreichen so auch Jugendliche, die Angebote der politischen Bildung sonst nicht nutzen würden. Ausgehend von den Erfahrungen der Jugendlichen diskutieren wir mit ihnen über die Themen Rassismus, Sexismus, Vorurteile und menschenverachtendes Denken, ermutigen zur Zivilcourage und zeigen konkrete Möglichkeiten für demokratisches Engagement auf. Dank einer Vielfalt interaktiver Methoden vermitteln wir Demokratie als ein greifbares Erlebnis, das viel Spaß macht.

Die Projekttage werden von Jugendlichen für Jugendliche durchgeführt – ehrenamtlich. Mit viel Authentizität bringen sie frischen Wind in die Schulen und schaffen eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre auf Augenhöhe. Dass junge Menschen, die teilweise nur wenig älter sind als sie selbst, die Projekttage gestalten, ist für die meisten Schülerinnen und Schüler neu. Dies ermöglicht es ihnen, frei von Bewertungsdruck persönliche Meinungen äußern zu können. Die ehrenamtlich engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden in einer intensiven, mehrtägigen Ausbildung zu Teamern und Teamerinnen qualifiziert, um die Projekttage selbstständig im Zweierteam durchführen zu können. Während der Ausbildung setzen sie sich mit den Inhalten der Projekttage auseinander, üben sich in Didaktik und Rhetorik und lernen Bildungsprozesse zu gestalten.

Im NDC gestalten die Teamerinnen und Teamer die Projekttage inhaltlich und methodisch mit. Die Konzepte werden beteiligungsorientiert erarbeitet und einmal jährlich angepasst, um die fortlaufende Aktualität zu gewährleisten.

Dies geschieht auf Grundlage der Selbstevaluation, die die Teamerinnen und Teamer nach jedem Projekttag durchführen. Die Anmerkungen und Wünsche fließen so direkt in die Überarbeitung der Projekttage ein. So bleiben die Konzepte immer ganz dicht an der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen der Jugendlichen in den Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Dass die Teamer und Teamerinnen ihre Ideen nicht nur einbringen, sondern sich gleichzeitig auch um deren Umsetzung kümmern, sichert eine hohe Motivation und Identifikation mit der Arbeit des NDC.

Ausgehend von einem kleinen Kreis junger Menschen, die zunächst in Sachsen vor über zehn Jahren die ersten Projekttage für Schulen entwickelten, ist das Netzwerk inzwischen gewachsen. Heute engagieren wir uns in elf Bundesländern, in Frankreich und Belgien. Jährlich erreichen wir eine Vielzahl an Schülern, bilden regelmäßig Jugendliche für die ehrenamtliche Durchführung der Projekttage aus und bieten auch Lehrerinnen und Lehrern Fortbildungen zur weiteren Bearbeitung der Themen im Unterricht an. Oft hören wir von den Schülerinnen und Schülern, dass sie zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, sich in dieser Form über gesellschaftliche Themen mitzuteilen und dass sie dabei auch noch Spaß hatten. Auch Lehrerinnen und Lehrer waren über die Diskussionsbereitschaft ansonsten eher unauffälliger Schüler überrascht. Dies gibt uns den Antrieb, uns auch weiterhin für Antirassimus und ein demokratisches Miteinander in Schulen und Jugendeinrichtungen einzusetzen. Seit 1999 haben wir bundesweit

- 2.253 ehrenamtliche Teamerinnen und Teamer in 149 Basis-Teamschulungen ausgebildet,
- 10.928 Projekttage durchgeführt,
- 163.920 Schülerinnen und Schüler erreicht,
- 188 ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer ausgebildet und
- 295 Teamtreffen zur Qualitätssicherung durchgeführt.

Bei der Vielfalt aller Bildungsaktivitäten innerhalb des NDC sind verbindliche Absprachen unabdingbar, um eine netzwerkübergreifend hohe Qualität der Arbeit abzusichern. Unsere Arbeit unterliegt daher bundesweit verbindlich vereinbarten Qualitätskriterien, die die Bildungs- und Netzwerkarbeit des NDC regeln. Dazu gehören das Arbeiten mit bundesweit einheitlichen Konzepten (Ziel-Inhalt-Methode-Papier), deren regelmäßige Überarbeitung sowie die bundesweite Evaluation all unserer Bildungsangebote.

In Hessen wird das NDC seit 2005 von der DGB-Jugend organisiert. Seit dem Jahr 2007 beteiligt sich daran zusätzlich der Bund der deutschen katholischen Jugend. Jährlich finden in Hessen im Schnitt 70 Projekttage statt. Folgende Projekttage sind in Hessen buchbar:

- **Projekttag A – Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil** (Diskriminierung, Rassismus, Migration und couragiertes Handeln)
- **Projekttag B – Alles verändert sich - Du machst den Unterschied!** (Chancen, Interessen und Einflussmöglichkeiten in unserer Gesellschaft)
- **Projekttag C – Egal geht nicht!** (Couragiertes Handeln gegen menschenverachtende Einstellungen und Neonazis)
- **Projekttag S – Was Barbie und Superman uns vorgeben** (Geschlechterbilder, Sexismus und couragiertes Handeln)
- **Projekttag F – Fortbildung** (Projekttag für Multiplikator/innen in Schule und Jugendarbeit zu rechter Ideologie und praktischer Handlungskompetenz)

Sascha Schmidt, DGB Hessen

Kontakt zur Landesnetzstelle Hessen: Sascha.Schmidt@dgb.de, Tel. 06151-399716, www.netzwerk-courage.de

Bildungs- und jugendpolitische Offensive

GEW Hessen schreibt Offenen Brief an Ministerpräsident Bouffier

Angesichts des Staatsaktes der Verfassungsorgane des Bundes hat neben dem DGB und dem Arbeitgeberverband auch die GEW Hessen zur Teilnahme an der bundesweiten Schweigeminute für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt aufgerufen. Wir haben unsere Kolleginnen und Kollegen dazu ermutigt, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, Kindern und Jugendlichen dieser Opfer zu gedenken. Dabei begrüßen wir ausdrücklich, dass auch Kultusministerin Henzler die Schulleitungen aufgefordert hat, sich dieser Aktionen anzuschließen.

Als Pädagoginnen und Pädagogen wissen wir, dass solche gemeinsamen Aktionen für die Bewusstseinsbildung von Schülerinnen und Schülern, Kindern und Jugendlichen sehr wichtig sind. Für sie ist es bedeutsam, Geschlossenheit gegenüber rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen in unserer Gesellschaft konkret zu erleben. Dieses Erlebnis kann erheblich zur Stärkung der individuellen Abwehrhaltung von Jugendlichen gegenüber rechtsextremistischen Rattenfängern beitragen. Darüber kann es auch eine positive Identifikation mit unserer durch ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt geprägten gesellschaftlichen Realität befördern. Nicht zuletzt ist ein solches Erlebnis aber auch ein wichtiges Zeichen gegenüber den Kindern und Jugendlichen, deren Familien (potenzielle) Opfer rechtsextremistischer Aggression sind, dass sie diese Unterstützung von Gleichaltrigen erfahren.

Aber diese einmalige Aktion – so wichtig sie auch ist – wird nicht ausreichen, dauerhaft der rechtsextremistischen Gefahr entgegenzuwirken. Die explizit neofaschistische Szene ist auch in Hessen sehr aktiv: Es gibt Gruppen, Akteure und Aktivitäten u. a. in Kassel, in Orten der Landkreise Vogelsberg, Schwalm-Eder, Wetterau, Main-Kinzig und Gießen, dann im Raum Wetzlar, im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen. Die Entwicklung in diesem Bereich ist seit Jahren von vier Tendenzen gekennzeichnet:

- Es hat sich eine stabile Szene herausgebildet.
- Sie hat sich ideologisch radikalisiert.
- Sie ist zunehmend gewaltbereit und -tätig.
- Es gibt inzwischen dichte Vernetzungs- und Kontaktstrukturen.

Bezüglich der Verfolgung von Straf- und Gewalttaten sind dabei die Sicherheitsbehörden, die offenbar viel zu lange schon auf dem „rechten Auge" blind gewesen sind, gefordert. Für die Förderung einer demokratischen Kultur und die Ächtung des Neofaschismus sowie die Überwindung von Vorurteilen, Ressentiments und Alltagsrassismus sind es vor allem die politisch Verantwortlichen und die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, die die Initiative übernehmen müssen. Hierbei kommt, worüber bisher viel zu wenig gesprochen wird, dem Bildungs- und Erziehungssystem zunächst und vor allem eine präventive Bedeutung zu. Politische Bildung, Demokratielernen und Aufklärung sind dabei die leitenden Maximen und Herausforderungen, die mit einer Kultur der Anerkennung in den pädagogischen Einrichtungen zu verbinden sind. Es gilt die Erkenntnis, je mehr positive Anerkennungs-, Zugehörigkeits- und Partizipationserfahrungen Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit, Ausbildung und Hochschule machen, desto weniger sind sie anfällig für rechtsextremes und menschenfeindliches Gedankengut. Weiter belegen Projekterfahrungen, welch hohe Bedeutung lokale Netzwerke und Aktionspläne sowie Beratungsangebote für Schulen, Eltern und Kommunen oder auch Ausstiegshilfen für die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen haben.

Als Bildungsgewerkschaft GEW erwarten wir von der Hessischen Landesregierung eine bildungs- und jugendpolitische Offensive, die den Pädagoginnen und Pädagogen in ihrer erzieherisch-bildenden Arbeit wirklich Mut macht, sie nachhaltig unterstützt und eine lebendige demokratische Kultur favorisiert, eine Offensive, die Präventionsarbeit in entsprechenden Projekten und in den Bildungseinrichtungen deutlich ausbaut und hierfür auch die finanziellen Mittel bereitstellt.

Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender, Frankfurt, 23.2.2012

Hessenkolleg Wetzlar: „Nie wieder 1933"

Einigen Dutzend Studierenden des Hessenkollegs in Wetzlar war das „trauernde Beschweigen" anlässlich des Staatsakts der Bundesrepublik Deutschland zum Gedenken an die zehn von Neonazis heimtückisch ermordeten Menschen zu wenig. Sie gaben ihrem Anliegen „Nie wieder 1933" am Portal der Erwachsenenschule einen sichtbaren Ausdruck. Zuspruch erhielten sie von einer Nachbarin aus der Brühlsbachstraße, deren jüdische Verwandte von den Nazis umgebracht wurden: Gisela Jäckel, die als Kind eher zufällig überlebte und von „stolzen Ariern" aus der Nachbarschaft als „Judenbalg" geschmäht wurde, für den es keinen Platz in den Luftschutzkellern gebe. Für die Ermordung ihrer Mutter Rosa Best in Auschwitz, an die seit drei Jahren ein „Stolperstein" in der Wetzlarer Krämerstraße erinnert, bekamen die beiden Töchter übrigens in den 1950er Jahren eine „Entschädigung" von 1.000 DM.

Beratung gegen Rechtsextremismus in Hessen

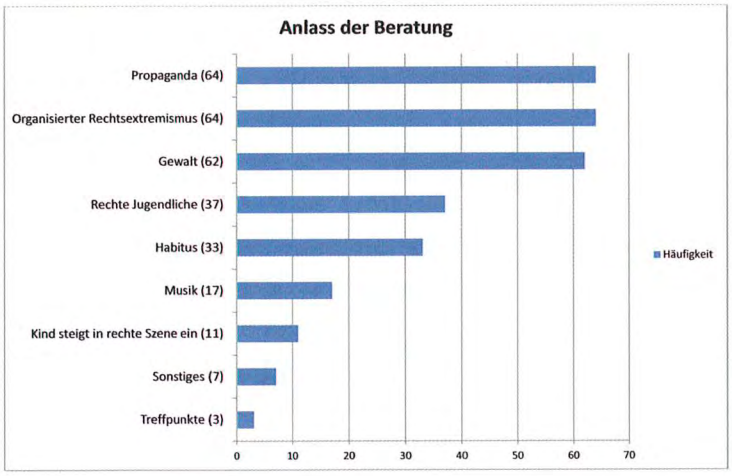
„Einer Lehrerin fällt auf, dass sich im Unterricht latent rassistische Äußerungen häufen. Einzelne Schülerinnen und Schüler berichten ihr außerdem von Verteilaktionen der Schulhof-CD der NPD und erwähnen sogenannte Angsträume außerhalb der Schule."

„Eine türkische Mutter ruft beim Hessischen Fußball-Verband an und fragt, ob dort bekannt sei, dass ein NPD-Funktionär als Jugendtrainer in dem Verein tätig ist, in dem ihr Sohn trainiert. Sie sorgt sich um das Wohl ihres Sohnes."

„Ein einschlägig bekannter Rechtsextremist im Ort plant ein Rockkonzert im Sommer. Es wird befürchtet, dass dieses ‚Festival' eine Anlaufstelle für Neonazis aus der Region wird. Um dies zu verhindern, wendet sich der Bürgermeister ratsuchend an das Beratungsnetzwerk."

Dies sind nur einige Beispiele für Anfragen, wie sie das *beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus* wöchentlich erreichen. Auch in Hessen sind Menschen, Vereine oder Institutionen vielerorts mit rechtsextremistischen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Vorkommnissen konfrontiert. Nicht selten reagieren die Betroffenen hilflos. Um solchen Konflikten angemessen begegnen zu können, bietet das *beratungsNetzwerk hessen* seit 2007 eine schnelle und fundierte Beratungshilfe vor Ort an.

Dem Netzwerk gehört eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen an, die durch die an der Philipps-Universität Marburg angesiedelte Koordinierungsstelle zusammengehalten werden. Hier werden auch alle eingehenden Anfragen koordiniert. Je nach Art des Anliegens werden Beraterinnen und Berater vermittelt, die anschließend vor Ort in einem individuellen Gespräch Ziele und Bedarfe einer Beratung klären. Geht es beispielsweise um Information oder darum eine Gefährdungslage besser einzuschätzen? Wollen Lehrkräfte durch Fortbildungen mehr Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen gewinnen oder will eine Kommune einen Runden Tisch etablieren? All dies können Anliegen einer Beratung sein. Die Beratung ist grundsätzlich kostenlos, anonym und orientiert sich am konkreten Bedarf des jeweiligen Beratungsnehmers oder der jeweiligen Beratungsnehmerin. Die Beraterinnen und Berater im Netzwerk kommen aus unterschiedlichen beruflichen und ehrenamtlichen Kontexten: aus Schule, Verwaltung, Bürgerinitiativen, der Verbandsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe, um einige Bereiche zu nennen.



Beratung erfolgt ausschließlich anlassbezogen, wenn sich betroffene Menschen ratsuchend an das Netzwerk wenden. Das Netzwerk wird nicht selbst aktiv. Daher kann die Zusammenschau der verschiedenen Beratungsfälle und -felder kein abschließendes Bild über rechtsextreme Vorkommnisse in Hessen zeichnen. Vielmehr zeigt sich hier – im Unterschied zu der Statistik zu „politisch motivierter rechter Kriminalität" der Sicherheitsbehörden – eine weitere Perspektive auf das Phänomen, nämlich wann und warum Menschen auf rechte und fremdenfeindliche Vorkommnisse aufmerksam werden und diesen Tendenzen etwas entgegensetzen wollen.

Schule: Nicht nur Glatzen und Springerstiefel

Das Beratungsfeld Schule ist komplex, denn hier sind verschiedene Personen involviert: Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schülerinnen und Schüler und Eltern. Rechtsextreme Vorkommnisse rufen an Schulen nicht selten bei der Schulleitung oder in den Kollegien eine latente Angst hervor, dass die Thematisierung der Ereignisse zu einem Imageverlust der Schule führen könnte. Dresscodes und Symbole rechtsorientierter Jugendlicher haben sich geändert und dienen nicht selten einem „Versteckspiel". Aktivisten aus der Szene sind mitunter in ihrer Argumentationsweise geschult und äußern sich im Unterricht weniger provokant. „Autonome Nationalisten" ähneln in ihrem äußeren Erscheinungsbild linken Jugendlichen. Rechtsextremismus kommt schon längst nicht mehr ausschließlich mit „Glatze und in Springerstiefeln" daher. Vielen Pädagoginnen und Pädagogen offenbart sich daher die Gesinnung ihrer Schülerinnen und Schüler nicht in einer Art und Weise, dass sie Handlungsbedarf sehen:

„Eine Lehrerin nahm kürzlich an einer Lehrerfortbildung zu modernen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus teil. Nachdem die Inhalte nach Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen und dem Schulleiter auf die eigene Schule projiziert wurden, stellte sich nach gemeinsamer Überzeugung auch für die eigenen Schule ein Handlungsbedarf dar."

Oft sind Schülerinnen und Schüler besser als Lehrkräfte über rechtsextreme Haltungen ihrer Klassenkameraden informiert sind. Die Schülerschaft ist daher mit ihren diesbezüglichen Sorgen ernst zu nehmen.

Beratung an Schulen zielt darauf ab, den verantwortlichen Akteuren neue Handlungsoptionen zu eröffnen, um sie zu einem eigenen und selbstbewussten Umgang mit der Problematik zu ermutigen und zu befähigen. Eine Herausforderung für Schulen und Beratung liegt darin, einen geeigneten Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen zu finden, der einerseits Chancen zur konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Geschehen bietet und dabei gleichzeitig dem Schutz der Opfer zentrale Bedeutung zumisst. Daher muss bei Vorfällen

die Dynamik zwischen Tätern, Opfern und Zuschauern in den Blick genommen werden. Ziel der Beratung ist es, die Beteiligten zu befähigen, das Geschehen zu begreifen und gemäß dem öffentlichen Auftrag handlungsfähig zu bleiben. Wie die Veränderungen in den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zeigen, sind Information und Sensibilisierung wesentliche Schritte zu mehr Handlungskompetenz. Aber auch die strukturelle und inhaltliche Unterstützung von Schüler-, Eltern- und Lehrerinitiativen gegen Rechtsextremismus kann Teil der Beratung sein.

Auch die Vernetzung mit Akteuren aus der Kommune kann relevant sein, damit Schulen mit den Problemen nicht alleine dastehen und das Engagement sichtbarer wird. Schüler-AGs gegen Rechts oder Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" sind gute Beispiele, wie Schülerinnen und Schüler nach innen und außen ein positives Zeichen setzen können. Die schulinterne aber auch öffentliche Anerkennung ihres Engagements stärkt die demokratische Schülerschaft.

Beratung in Familien: Ein geschützter Raum

Eltern suchen oftmals Orientierung und Rat, wenn ihre Kinder zu Jugendlichen werden und auf der Suche nach einer „passenden Identität" sind. Die Kinder grenzen sich ab und begeben sich in unterschiedliche Jugendkulturen, mitunter auch in rechte Cliquen oder rechtsextreme Kreise. Um die Verhaltensänderungen des Kindes, seinen Kleidungsstil, seine Musik, die neue Clique richtig einschätzen zu können, wünschen sich oft auch Eltern Unterstützung. Der geschützte und anonyme Raum einer Einzelberatung ermöglicht es Eltern, Ängste und Konflikte anzusprechen, die aus Scham bislang nicht thematisiert werden konnten.

Was reizt das Kind an der jeweiligen Szene? Die Antwort auf die Frage, kann Aufschlüsse darüber geben, welche Alternativen dem Kind angeboten werden können, um einen Einstieg in die rechte Szene zu verhindern. Häufig geht die rechte Orientierung des Kindes einher mit weiteren Problemen und Belastungen im Umfeld des Jugendlichen oder der Familie. Elternberatung ist daher oftmals psychosoziale Beratung. Was heißt es, „klare Grenzen aufzuzeigen"? Wie kann der „Draht" zum eigenen Kind gehalten werden, um die Beziehung zu erhalten, einen Ausstieg aus der Szene zu ermöglichen oder damit umzugehen, dass es jegliche Hilfe oder gar den Kontakt ablehnt? Oft hilft Eltern auch das Wissen, dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind. Eine Elterngruppe kann helfen, in einem moderierten Rahmen Rat und Unterstützung bei Menschen in einer ähnlichen Situation zu finden.

Im kommunalen Bereich schlagen oft verschiedene Akteure gleichzeitig Alarm: kommunale Institutionen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden oder Bürgerinitiativen. Dies erfordert einen multiprofessionellen Beratungsansatz. Insbesondere die engen Beziehungsgeflechte im ländlichen Raum stellen eine Herausforderung für die Beratung von Kommunen dar: „Man kennt sich" und somit auch den vermutlichen Rechtsextremisten oder rechtsaffinen Jugendlichen aus der gemeinsamen Schulzeit, über die Eltern, aus dem Verein oder aus anderen persönlichen Bezügen.

Beratung in Kommunen: Man kennt sich

Daher müssen Beziehungsgeflechte im ländlichen Raum bei Beratungsprozessen berücksichtigt werden. Nur unter diesem Blickwinkel kann es gelingen, dass die Menschen im Gemeinwesen selbst auf Dauer einen belastbaren Umgang mit rechtsextremistischen Vorkommnissen finden. Weiterhin sind Kenntnisse der regionalen rechtsextremen Szene relevant. Beraterinnen und Berater müssen zunächst das Umfeld im Stadtteil oder der Region kennen, um die Gefahrenlage richtig einzuschätzen und mit der Kommune entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln. Bei Bedarf kann eine umfassende Regional- oder Umfeldanalyse Grundlage für die Bestimmung vorrangiger Handlungsfelder sein wie die Stärkung der Zivilgesellschaft oder der Schutz potenziell Betroffener. Damit Gemeinwesen und Zivilgesellschaft Rechtsextremismus nachhaltig entgegentreten können, bedarf es einer guten Vernetzung. Ein professioneller Blick von außen kann helfen, Potenziale der Vernetzung zu identifizieren und konkrete Hinweise für Kooperationen zu geben. Diese reichen von der Hilfestellung bei der Etablierung eines Runden Tisches über die strukturelle Unterstützung bei der Gründung einer Bürgerinitiative bis zur professionellen Beratung bereits existierender Bündnisse.

Oftmals sind es medienwirksame Ereignisse, die das Phänomen Rechtsextremismus in den Fokus der öffentlichen Diskussion rücken. Die Beratungsarbeit gegen Rechts zeigt hingegen, dass die Anlässe, die Menschen um Rat suchen lassen, zahlreicher und oftmals viel „alltäglicher" sind als rechtsextreme Erscheinungsformen und Vorfälle, die zu Schlagzeilen werden. Doch auch diese Erscheinungsformen nehmen nicht selten ihren Ausgang in scheinbar kleinen alltagsrassistischen Ereignissen: Schmierereien an öffentlichen Gebäuden, „dumme Sprüche" auf dem Schulhof oder fremdenfeindliche Parolen bei Sportveranstaltungen. Oftmals ist man sich unsicher, wie ernst das einzuschätzen ist. Diese Unsicherheit abzubauen, im eigenen Handeln sicherer zu werden, den Einzelnen und die Zivilgesellschaft zu stärken, dazu trägt das *beratungsNetzwerk hessen* bei.

Tina Dürr, beratungsNetzwerk hessen

• **beratungsNetzwerk hessen** - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg, Tel. 06421-2821110, E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de, Internet: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

beratungsNetzwerk hessen

Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Extrem demokratisch

Seit 2010 verlangt das Bundesfamilienministerium in seinen Förderprogrammen die Unterschrift unter eine „Demokratieerklärung". Projektverantwortliche verpflichten sich und alle Kooperationspartner zur „Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Im Zweifel sollen sie den Verfassungsschutz hinzuziehen, um die politische Einstellung aller an einem Projekt Beteiligten zu überprüfen.

DGB-Jugend, Bildungs- und Beratungsinitiativen in Hessen und Thüringen haben sich dagegen in der „Plattform Extrem Demokratisch" zusammengeschlossen. Die Plattform fordert, die Extremismusklausel abzuschaffen und demokratische Beteiligung nicht weiter zu verhindern. *Holger Kindler* von der DGB-Jugend: „Demokratie muss täglich gelebt und gelernt werden und lässt sich nicht mit einer Unterschrift beweisen." Die Plattform wirbt für mehr demokratisches Engagement. Der Generalverdacht der Extremismusklausel verunsichere Organisationen und Initiativen und verhindere somit demokratische Beteiligung. „Gegen die Ausbreitung von Neonazis sind viele Menschen aktiv, sie brauchen dabei Unterstützung und dürfen keine neuen Steine in den Weg gelegt bekommen, indem sie vorher vom Verfassungsschutz überprüft werden", sagt *Fabian Wagner* von der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT e.V.).

„Völlig absurd" findet *Max Molly*, Jugendbildungsreferent bei Arbeit und Leben Hessen, dass antirassistische Bildungs- und Kulturarbeit ihre Demokratietauglichkeit beweisen muss: „Die Extremismusklausel schafft ein Klima des Misstrauens innerhalb dieser Projekte und widerspricht damit allen pädagogischen Ansätzen."

Die „Plattform Extrem Demokratisch" selbst bietet Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Projekttage an, die über die Extremismusklausel und die ihr zugrundeliegende Gleichsetzung von radikalen linken Positionen mit dem Rechtsextremismus aufklären. Motivkarten, die für ein breiteres Demokratieverständnis werben, stehen zum Download bereit: *www.extrem-demokratisch.de*.

Gewerkschaften, lokale Bündnisse und Jugendorganisationen, die einen Projekttag zum Thema „Total extrem" zu den Fragen des „Extremismusmodells" durchführen wollen, wenden sich an *Sascha Schmidt* vom DGB Hessen (E-Mail: Sascha.Schmidt@dgb.de).

lea-Seminare: Aktiv gegen Rassismus und Neonazis

Nationalsozialismus und erinnerte Geschichte
Im Gespräch mit der Zeitzeugin Irmgard Heydorn
Frankfurt, 19.4.2012, 14.30 bis 17 Uhr
Irmgard Heydorn, die sich aktiv am illegalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligte, gibt den trockenen Fakten in unseren Geschichtsbüchern Gesicht und Stimme. Ihre Botschaft: Die Geschichte des Holocaust darf sich nie mehr wiederholen.

Im Gespräch mit der Zeitzeugin Trude Simonsohn
Frankfurt, 26.4.2012, 14.30 bis 17 Uhr
Trude Simonsohn ist eine in der ehemaligen Tschechoslowakei geborene Jüdin. Unter Hitler hat sie von 1942 bis 1945 Einzelhaft, das Ghetto Theresienstadt und das Konzentrationslager Auschwitz überlebt.

Die Seminare werden gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Der Teilnahmebeitrag für Schulklassen beträgt 80 Euro.

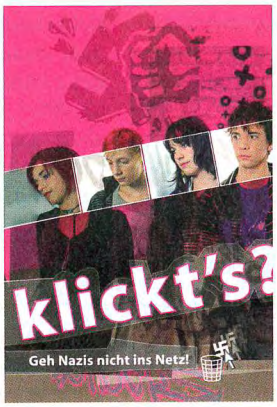
Brauner Marsch durch die Institutionen?
Rechtsextremismus in Nordhessen
Kassel, 26. April 2012, 10 bis 16 Uhr
Referenten sind der Journalist Carsten Meyer und HLZ-Autor Helge von Horn (S.8). Unter der Bezeichnung „Freie Kräfte Schwalm Eder" und „Freier Widerstand Kassel" entwickelten sich in Nordhessen rechtsextreme Strukturen, die in das bundesweite Netzwerk des militanten „Freien Widerstands" eingebunden sind.

Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 10 Euro.

Antimuslimischer Rassismus und Meinungsfreiheit
Frankfurt, 10. Mai 2012, 19 bis 21.30 Uhr
Kritik an antimuslimischer Hetze wird gerne mit dem Hinweis auf Meinungsfreiheit bekämpft. Aber wo verlaufen die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Rassismus? Dr. Sabine Schiffer promovierte zum Islambild in den Medien und gründete 2005 das Institut für Medienverantwortung in Erlangen.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Anfragen und Anmeldungen zu allen Seminaren:
lea bildungsgesellschaft, Tel. 069-971293-27 oder -28, www.lea-bildung.de, E-Mail: anmeldung@lea-bildung de



Broschüren zum Download

- **Extrem demokratisch:** Informationen der DGB-Jugend zur Extremismusklausel und zur Totalitarismustheorie (www.extrem-demokratisch.de)
- **Neonazis in sozialen Netzwerken:** Broschüre der Antonio-Amadeu-Stiftung (www.netz-gegen-nazis.de > suche: Mimikry)
- **Klickt's? Geht Nazis nichts ins Netz:** anschauliche Broschüre für 12- bis 15-Jährige zu rechtsextremistischen Strategien im Internet (www.klicksafe.de > suche: Klickt's)